

# Hilde Mattheis Dierk Hirschel



#machtsozialdemokratiemöglich

Wir wollen Armut bekämpfen,  
schnell und wirksam

## Unser Konzept

Der Sozialstaat wird seit vielen Jahren gezielt als Wachstumshindernis beschrieben und als zu teuer und zu ineffizient bezeichnet. Durch eine Umverteilung von unten nach oben durch massive Einschnitte in unsere sozialen Sicherungssysteme wurden breite Bevölkerungsschichten abgedrängt.

Die Folge ist eine Zunahme und Verfestigung von Armut in unserem Land, Vererbung von „Hartz IV-Karrieren“ und die Konzentration von immer mehr Reichtum auf immer weniger Menschen. Um aus dieser Armutsfalle herauszukommen, brauchen Menschen niedrigschwellige Unterstützung.

Das heißt neben anderen Maßnahmen, wie der Abschaffung von Hartz IV, die wir in einem weiteren Konzept fordern:

- 1.** Einführung einer Kindergrundsicherung für alle Kinder ohne Vorbedingungen, damit endlich jene die meiste Unterstützung bekommen, die am wenigsten haben. Die Höhe der Kindergrundsicherung soll dem verfassungsrechtlichen Existenzminimum (derzeit 620 Euro) entsprechen und mit steigendem Einkommen auf einen Mindestbetrag (von 330 Euro) abschmelzen. Dieser Mindestbetrag soll der maximalen Entlastung durch die steuerlichen Kinderfreibeträge entsprechen.
- 2.** In einem ersten Schritt darf das Kindergeld nicht mehr auf die Arbeitslosenleistungen angerechnet werden.
- 3.** Erhöhung und Neuberechnung der Regelsätze. Die Grundsicherung ist bedarfsgerecht nach den Vorschlägen der Wohlfahrtsverbände anzuheben. Diese existenzsichernde Leistung ist von Sanktionen auszunehmen.
- 4.** Kommunen brauchen Bundesmittel für den Aufbau sozialer Infrastruktur. Neben der Städtebauförderung des Bundes muss es die Förderung sogenannter Kümmererstrukturen geben - siehe Forderungen aus dem Bericht „Gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland“ der Bundesregierung:

- Überschuldeten Haushalten muss zeitnahe und umfassende Beratung angeboten werden. Nach dem Schuldenatlas 2017 können 9 Millionen Bürger\*innen ihre Schulden mittel- bis langfristig nicht von ihrem Einkommen abbauen, die Zahlen steigen seit Jahren kontinuierlich an. Kommunen müssen eine umfassende Schuldner\*innenberatung anbieten, die auch in der Lage ist, präventiv tätig zu sein – ohne Wartezeiten! Präventive Schuldner\*innenberatung für alle Personen in finanziellen Notsituationen, ist geboten, um Schuldner\*innen zu stabilisieren und damit potenziellen Sozialleistungsbezug vermeiden zu helfen.
- Schulden führen oft zur Wohnungslosigkeit. Die Zahl der Wohnungslosen ist ebenfalls steigend und lag nach Schätzungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslose“ im Jahr 2018 bei 1,2 Millionen Menschen, davon ca. 32 000 Kinder. Wir fordern neben massivem Neubau von Sozialwohnungen die Entfristung der Sozialbindung.

**5.** Massive Aufstockung des Bundesprojektes „Soziale Stadt“, das eine Stabilisierung und Aufwertung sozial, strukturell, wirtschaftlich und städtebaulich benachteiligter Stadt- und Ortsteile fördert